

Manifest

Kommunalpolitik der nächsten Generation

Wer, wenn nicht wir?!?

In der SPD bahnt sich langsam aber sicher ein Generationenumbruch an. Die starke Generation der so genannten "Enkel Willy Brandts", deren politische Biografie in den frühen 70ern begann, erreicht noch in diesem Jahrzehnt das Rentenalter. Der Generation der "68er" haben wir einiges an sozialen und demokratischen Errungenschaften zu verdanken. Nicht zuletzt hat sie die Gleichberechtigung der Frauen voran gebracht und zu einer Überwindung überkommenen konservativen Denkens in der Republik beigetragen. Die politischen und gesellschaftlichen Impulse von 1968 sind jedoch bereits seit den 80ern weitestgehend erschöpft. Nach ihrem Marsch in die Institutionen haben die "Enkel" den Zugang Jüngerer in politische Verantwortung lange blockiert. Auch die kommunalen Vertretungen sind nicht zuletzt auf Seiten der SPD in den vergangenen Jahren zunehmend älter geworden. An der kommunalpolitischen Basis stellt die SPD inzwischen vielerorts die im Durchschnitt ältesten Fraktionen. Gründe hierfür sind verkrustete Strukturen ebenso wie eine fehlende Personalentwicklung in vielen Unterbezirken und Fraktionen.

Diese Zeit ist allmählich vorbei. Wir, die etwa 20-35jährigen werden es wieder leichter haben, politische Verantwortung zu übernehmen. Viele von uns arbeiten in unterschiedlichen politischen Funktionen und Mandaten bei den Jusos und in der SPD. Zunehmend verkehrt sich die Lage sogar ins Gegenteil: Beklagt wird ein eklatanter Mangel an (kommunal-) politischem Nachwuchs. Dies gilt insbesondere für junge Frauen.

Die SPD hat die Kommunalwahl 1999 in vielen Städten und Gemeinden des Landes verloren; teils in dramatischer Weise. Die Bürgerinnen und Bürger haben damit auch ein Signal gesetzt: Sie wünschen, dass sich die Sozialdemokratie an Rhein und Ruhr erneuert - programmatisch und personell. Der Kern des Problems besteht darin, dass noch immer keine Strategie zu erkennen ist, wie die auseinander driftenden Teile der Gesellschaft wieder für eine fortschrittliche Politik zu mobilisieren sind. Die Herausforderung eines neuen gesellschaftlichen Integrationsprojektes der demokratischen Linken stellt sich angesichts einer politisch weniger gebundenen jungen Generation für uns erst recht. Die begonnenen Überlegungen einer Erneuerung der SPD-Kommunalpolitik schaffen das richtige Umfeld für den Einstieg von jungen PolitikerInnen in die kommunalpolitische Arbeit. Sie bieten jedoch auch selbst das Potenzial für Wandel und Erneuerung: Mit ihnen ziehen neue Lebenswirklichkeiten und berufliche Lebensläufe, neue Ideen und Methoden, neue Kompetenzen und Kreativität in die sozialdemokratische Kommunalpolitik ein. Eine neue Generation bietet so auch die Chance, mit ihrem Beitrag zur Erneuerung der SPD-Kommunalpolitik diesen Prozess zu beschleunigen und zu verstetigen.

Wir wollen das Recht auf Zukunftschancen verwirklichen

Sozialdemokratische Kommunalpolitik muss der neuen Zeit ein soziales Gesicht geben. Dies wird nur möglich sein, wenn es uns gelingt "Modernität" und "Gerechtigkeit" zusammenzudenken. Wir wollen so auch die politische Gestaltbarkeit der Zukunft nachweisen. Die sozialen Interessen breiter Schichten zu vertreten und ihre Zukunftschancen zu verbessern, ist daher das Gebot der Stunde. Wir müssen aber auch diejenigen für uns gewinnen, die ihr Leben selbst in die Hand nehmen wollen und können. Freiheit und Individualität sind nur in einer gerechten Gesellschaft möglich. Es geht nicht um die Verhinderung von Innovation, Eigeninitiative und Selbstorganisation, sondern - im Gegenteil - darum, diese Potenziale durch eine emanzipatorische Politik erst vollständig zur Entfaltung zu bringen. Sozialdemokratische Politik der Zukunft heißt: Möglichst viele Chancen zu schaffen, um allen Menschen selbstbestimmte Lebensentwürfe zu ermöglichen. Wir wollen, dass sozialdemokratische Politik mit dem Begriff „Zukunftschancen“ in Verbindung gebracht wird und sie damit einbetten in eine neue sinnstiftende Philosophie fortschrittlicher Politik. Das Projekt der Zukunft wird sich um die Frage drehen müssen, wie Demokratie, Lebensqualität und soziale Integration sich unter veränderten Rahmenbedingungen durchsetzen lassen.

Den Zwiespalt zwischen Anforderungen einer flexiblen Arbeitswelt und dem Anspruch, ein schönes Leben zu führen, macht jede/r mit sich selber aus. Der Konflikt geht nicht nur durch die Gesellschaft, sondern durch jeden von uns. Wir erreichen eine neue Stufe der Individualisierung, die jeden zum „Manager seiner eigenen Biographie“ macht. Die wenigsten sind aber in der Lage, dies individuell zu meistern. Eine Sozial- und Bildungspolitik der Zukunft muss stärker diese Lebenslagen berücksichtigen, Chancengleichheit realisieren und eine reale Beschäftigungsperspektive der/des Einzelnen sicherstellen. Unser Leitbild ist die selbstbestimmte Flexibilität. Erforderlich ist ein fortschrittliches Sozialstaatsverständnis, das sich davon löst, in erster Linie monetäre Transferleistungen im Risikofall zu erbringen. Eine fortschrittliche Bildungspolitik muss Emanzipation und Beschäftigungsfähigkeit als Kernziele sicherstellen. Eine fortschrittliche Arbeitsmarktpolitik muss den präventiven Charakter stärken und wesentliches Element einer zukünftigen Regulation der Arbeitsgesellschaft sein. Eine fortschrittliche Integrationspolitik muss Zukunftschancen vor allem durch ein breit angelegtes Integrationskonzept ermöglichen.

Wir wollen gemeinsam an einer zeitgemäßen Erneuerung der Sozialdemokratie der kommunalpolitischen Basis arbeiten, welche die Bedürfnisse und das Lebensgefühl unserer Generation aufgreift. Wir betonen die Chancen der neuen Zeit. Aber wir wissen auch, dass die Entfaltung dieser Chancen Regeln und Sicherheiten erfordert.

Spielraum für die kommunale Politik

In der Kommune treffen die unterschiedlichsten Entwicklungen aufeinander. Sie wird damit in Zeiten des Wandels oftmals zum Ort der Gegensätze. Strukturwandel und soziale Konflikte finden hier konkret statt und auch, wenn viele politische Entscheidungen in Düsseldorf, Berlin oder Brüssel getroffen werden - in der Kommune finden sie ihre konkreten Auswirkungen. Umso wichtiger ist, dass in den Kommunen selbst ein Gestaltungsanspruch und die reale Möglichkeit zu gestalten vorhanden sind. Eine aktive Stadtentwicklung wird so zur Unterstützung, wo dies möglich ist, zur Abfederung und zum Korrektiv, wo dies notwendig und geboten ist.

Wir mischen uns politisch ein, um zu gestalten. Spielraum für kommunale Politik muss geboten werden, soweit die Verfassung dies vorsieht. Er muss erkämpft werden, wo die Bedürfnisse der Bürgerschaft dies erfordern. Dabei scheuen wir weder den Konflikt mit dem politischen Gegner, was die Verteilung der knappen kommunalen Finanzen angeht, noch den mit anderen Ebenen, wenn es um die Rückgewinnung und Festigung von Finanzspielräumen geht.

Wir streben mit unserer Initiative auch ein Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung an. Mehr als anderswo besteht hier die Möglichkeit, neue offenere Beteiligungsformen anzuwenden. Jenseits einer platten Formaldebatte über Wahlrechtsänderungen geht es uns jedoch darum, die Alltagsdemokratie und den direkten Einfluss der Bürgerschaft auf die Stadtentwicklung zu stärken.

Wir wollen die kommunale SPD zur Beteiligungspartei weiterentwickeln

Da wir anders arbeiten, leben und kommunizieren werden als Generationen vor uns, löst sich die Basis für bisherige Formen von Parteiarbeit auf. Unsere Generation begreift Parteien immer weniger als Ort der sozialen Heimat oder als Selbstzweck. Sie verlangt flexible und erfolgversprechende Möglichkeiten der Beteiligung. Wir wollen die oft behäbige Binnenkultur des Parteienlebens überwinden und streben als junge Generation in der SPD den engen Austausch mit anderen Jüngeren in den Gewerkschaften, den Verbänden, den Kirchen, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kultur an. Die SPD muss sich weiterentwickeln zur Beteiligungspartei. Die wachsende Bedeutung der Medien erfordert zweifellos die Fähigkeit zur Inszenierung von Politik. Aber sie braucht einen "Unterbau" der Beteiligung und des Engagements der Mitglieder in ihren Lebensbereichen. Und sie braucht klare Wert- und Zukunftsvorstellungen. Wenn wir neue Formen der Beteiligung wollen, müssen wir auch die Möglichkeiten der demokratischen Willensbildung stärken. Dabei ist der Wohnort nicht mehr der allein entscheidende Faktor. Politik findet nicht nur in Gremien und Sitzungen von Parteien statt. Politische Kommunikation gibt es am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft, im Freundeskreis genauso wie im Internet und in lockeren Netzwerken. Dies erfordert die Aufwertung zielgruppenorientierter, fachlicher und projektförmiger Strukturen mit entsprechenden Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten. Der Umgang mit dem Internet ist für uns bereits Teil des Alltags. Gerade deswegen wissen wir: Es ermöglicht

neue Formen der Kommunikation, aber es ist nicht Problemlöser für alles. Mit dem Aufbau von Netzwerken wollen wir dieser Entwicklung Rechnung tragen.

Junior sgk - Netzwerk für junge Kommunalpolitik

Wir stellen uns der Herausforderung, unseren Beitrag zur Erneuerung sozialdemokratischer Kommunalpolitik zu leisten. Es geht dabei nicht um den allgegenwärtigen Fetisch der Jugendlichkeit, aber wir wissen, dass nicht zuletzt die Einbeziehung jugendlicher Lebenswirklichkeiten und Erwerbsbiographien ein wichtiger Schritt hin zu einer Erneuerung sozialdemokratischer Kommunalpolitik ist.

Auch wir Jüngeren in der SPD sind uns nicht immer einig. Produktiven Streit sehen wir als Chance und Bereicherung. Wir sind bereit, politische Verantwortung zu übernehmen. Politische Verantwortung heißt für uns aber auch, für Ideen zu stehen und nicht nur für Posten. Den Rahmen für eine Verständigung über konkrete Fragen der Kommunalpolitik bauen wir mit dem Netzwerk 'junior sgk' auf. Wo immer dies möglich ist, werden wir gemeinsame Strategien verfolgen. Wir wollen den offenen Diskurs. Aber im "Kampf um die Köpfe" scheuen wir uns nicht, politische Gegner zu benennen. Wir bekämpfen alle Spielarten des Rechtspopulismus und des Rechtsextremismus und werden alles in unserer Kraft Stehende unternehmen, um Jugendliche und junge Erwachsene nicht in den braunen Sog geraten zu lassen. Aber wir stellen uns auch gegen den von angeblichen Liberalen gepredigten "Anarchismus für Reiche". Wer die Ideologie des ungezügelter Marktes und der sozialen Ungleichheit predigt, verachtet die Interessen der meisten Menschen und gefährdet die Grundlagen der Demokratie. Politischer Fortschritt erfordert Streit und Widerspruch. Es ist daher nicht nur unsere Aufgabe, sondern unsere Pflicht, Kritik an den bestehenden Verhältnissen zu formulieren und auf Reformbedarfe hinzuweisen. Wer den bloßen Pragmatismus zum Programm erklärt, kann mit Mitte zwanzig schon steinalt sein.